

Dresdner Volkszeitung

Vollzeitungs-Redaktion: Dresden, Soban & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edm. Staackmann, Dresden, Kauf der Arbeiter, Angestellten und Beamten, L.-G., Dresden, Gebroder Archibald, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Wissen des Verlegers der Dresdner Volkszeitung jedem Anzeiger auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abonnementspreise: Ein Jahrgang 1,20 M., 6 Monate 0,70 M., 3 Monate 0,40 M., Einzelhefte 0,10 M. (Postzusatz 0,05 M.)

Schriftleitung: Mittelstraße 18, Fernsprecher Nr. 2591. Sprechstunde am Wochenende von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Mittelstraße 18, Fernsprecher Nr. 2591 und 12762. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Verlagspreis: Grundpreis: die 30 zum besten Monatsheft 2,00 M., die 12 zum besten Monatsheft 2,00 M., die 6 zum besten Monatsheft 2,00 M., die 3 zum besten Monatsheft 2,00 M.

Nr. 257 Dresden, Mittwoch, den 4. November 1931 42. Jahrgang

Justiz und Behörden verfragen!

Die braune Mordpest

Ein Reichsbannermann in Riesa erstochen

Wie wir aus Riesa erfahren, ist gestern Abend 10 1/2 Uhr ein 21 Jahre alte Reichsbannerkamerad Arno Wolf, der in Zivilkleidung auf der Schulstraße stand, von Nationalsozialisten erstochen worden. Die Nazis hatten gestern aus der Umgegend ihre Leute nach Riesa geschickt und in der Stadt eine Sperrkette gebildet. Kamerad Wolf erhielt fünf Stiche, wovon einer ins Herz traf; er ist dann sofort in die Leidenhalle übergeführt worden. Heber der Täter war im Augenblick nichts Näheres festzustellen. Man nimmt an, daß mehrere daran beteiligt waren.

In dieser gemeinen, feigen Mordtat wird uns noch berichtet:

In Riesa haben sich die Nazis in den letzten Tagen mehrfach provokierend benommen; sie überzielten schon am Montag einen Trupp Reichsbannleute. Am Dienstag Abend wurden einer Anzahl Nazis, die sich vor dem Volkshaus herantrieben, durch die Polizei

Schlagwaffen abgenommen. Am Dienstag hatten sich dann zahlreiche auswärtige Nazis eingefunden, unter ihnen auch der Nazi Neul aus Großenhain, der im Großenhainer Landfriedensbruchprozeß eine Rolle spielte. Ein größerer Trupp Nazis überfiel zwei Reichsbannleute, und dabei wurde der 21jährige Sattler Arno Wolf zu Falle gebracht. Er erhielt fünf Stiche, von denen einer tödlich war. Man darf gespannt sein, ob die Behörden jetzt endlich gegen die Nazi-Mordpest härter vorgehen werden!

Von einem Nazi mit einem Beil niedergeschlagen

Stettin, 3. November. (Fig. Trüb.) In Jülchow bei Stettin wurde der Hausbesitzer Bessert von dem Nationalsozialisten Rehberg mit einem Beil niedergeschlagen. Bessert ist Mitglied der Kommunistischen Partei.

Zollkrieg mit der Schweiz?

H. F. Seit geraumer Zeit wird die deutsche Ausfuhr stark forciert, die Einfuhr aber möglichst gebremst. Das Ergebnis drückt sich deutlich in den Abzählziffern der deutschen Handelsbilanz auf das Jahr 1930 aus. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr betrug rund 10,1 Milliarden Mark, die Ausfuhr 11,33 Milliarden Mark, der Ueberschuß der letzteren mit Reparationszahlungen 1642,4 Millionen Mark. Es ist klar, daß die Güntigergestaltung der deutschen Handelsbilanz in dieser sprunghaften Art (1929: 35,9 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß) ungünstig auf die Länder wirken muß, mit denen Deutschland in einem freien Austauschverhältnis steht.

Zu diesen Ländern gehört die kleine Schweiz mit ihren rund 3,9 Millionen Einwohnern. Die Ausfuhr Deutschlands nach europäischen Ländern betrug 1930 dem Werte nach 9377,2 Millionen Mark oder 77,9 Prozent der gesamten Ausfuhr. Die Einfuhr 5825 Millionen Mark oder 56 Prozent der gesamten Einfuhr. Unter den europäischen Ausfuhrländern steht die Schweiz mit 627,6 Millionen Mark oder 5,2 Prozent der Gesamtausfuhr an vierter Stelle! Sie wird nur übertroffen von Großbritannien mit 10,1 Milliarden mit 10 und Frankreich mit 9,5 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr. Und von allen anderen Ländern der Erde, mit denen Deutschland Handel treibt, wird die Schweiz nur von den Vereinigten Staaten Amerikas mit 5,7 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr ein wenig übertroffen.

Man erkennt an diesen Verhältnissen, daß ein Wirtschaftskonflikt mit der Schweiz eine sehr ernste Sache für Handel und Industrie Deutschlands ist. In der Schweiz sieht man nun, daß sich für dieses Land die Handelsbeziehungen mit Deutschland immer ungünstiger gestalten. Die Ausfuhr nach Deutschland (1930: 255,5 Millionen Mark) kam mehr und mehr ins Hintertreffen; sie beträgt jetzt nur noch nicht einmal die Hälfte des Wertes der Einfuhr.

So darf man sich nicht wundern, wenn das Unternehmertum und Regierungskreise in der Schweiz bedenklich und unruhig werden. Viele Bedenken haben sich bereits bis zu einem ersten Konflikt entwickelt. Nach den Mitteilungen in der Presse verlangt die Schweiz für eine große Zahl von Zollpositionen — man spricht von 140 — die Einfuhr von Kontingenten. Das heißt, die Begrenzung des Wertes der in Betracht kommenden Waren, die nach der Schweiz gebracht werden, auf eine bestimmte Summe. Es wird ferner behauptet, die Schweiz fordere, daß die Waren nicht mehr an die deutschen Exporteure, sondern an die Schweizer Nationalbank und an die Reichsbank bezahlt werden. Nach Deutschland gegebene kurzfristige Kredite im Betrag von 2,5 Milliarden Mark sollen auf diese Weise sichergestellt werden. Von der Schweiz wird aber bestritten, daß diese Forderung gestellt werden soll. Die gewündschte Kontingentierung lehnt Deutschland grundsätzlich ab, weil sie das System der Reichsbegünstigung durchbrechen und zu Widerprüchen anderer Länder führen würde. Ein Grund, der sich hören läßt. Obwohl die deutsche Regierung selbst schon in anderen Fällen den Gedanken der Kontingentierung ernsthaft in Betracht zog.

Vor kurzem wurde in Genè über die strittigen Fragen verhandelt. Es kam jedoch zu keinem Ergebnis über die beantragte Revision des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Die Dinge liegen sich vielmehr so zu, daß man mit der Kündigung des Vertrages am 1. November durch die Schweiz rechnen. Wenn sie wirklich erfolgt, muß man nur wünschen, daß die Angelegenheit bald wieder in normale Bahnen gelenkt wird. Die Kündigung würde wohl auch nur

Was wird aus dem Landtag?

Kommunisten Arm in Arm mit der Reaktion Das Volksbegehren auf Landtagsauflösung

Wir berichteten bereits in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe, daß die SPD. beim Ministerium des Innern beantragt hat, ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags durchzuführen. Heber die Aussichten dieser kommunistischen Aktion entnehmen wird der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz folgendes:

Am 30. September hatten die Kommunisten bekanntlich während der Sondertagung des Landtags einen Antrag auf Auflösung des Parlaments gestellt, doch war dieser Antrag aus gesetzwidrigen Gründen nicht beraten worden. Darauf hat am Montag die Begründung der kommunistischen Partei des Landes einstimmig beschlossen, den Antrag auf Veranlassung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Landtags einzubringen. Gemeint ist ein solcher Antrag am Dienstag vormittag im Vertreters der kommunistischen Landtagsfraktion dem Ministerium des Innern überreicht worden. Das Volksbegehren hat folgenden kurzen Wortlaut: „Der Sächsische Landtag ist aufzulösen.“

Artikel 86 der sächsischen Verfassung lautet wie folgt: „Wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl ein Gesetz oder die Auflösung des Landtags begehrt, so muß das Ministerium des Innern den Volksentscheid herbeiführen.“ Bei der letzten Landtagswahl gab es 3511678 Stimmberechtigte; mithin müßten sich jetzt mindestens 351168 Personen für die Zulassung des Volksbegehrens aussprechen. Diese Zahl wird spielend erreicht werden, da schon die Kommunisten allein bei der letzten Wahl 355381 Stimmen erhalten haben. Selbstverständlich werden aber Nationalsozialisten und deutschnationale den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens unterstützen, und schon können die Kommunisten auf etwa 600000 bis 600000 Stimmen rechnen. Wenn das Volksbegehren, wie vollkommen sicher ist, durchgegangen ist, hat der Landtag darüber abzustimmen, ob er sich selbst auflösen will oder nicht. Vorwiegend wird er es ablehnen, und dann hat das Gesamtministerium den Volksentscheid anzuordnen, bei dem nur mit Ja oder Nein abgestimmt wird.

Zu einem Volksentscheid ist nach Artikel 88 der Verfassung die Beteiligung der Hälfte der Stimmberechtigten und die Mehrheit der Abstimmanden erforderlich. Wenn diese Mehrheiten nicht erreicht, so gilt die Frage als verneint. Es müßten also an der Abstimmung im Volksentscheid mindestens 1,8 bis 1,9 Millionen Personen teilnehmen. Bei der letzten Reichstagswahl, die bekanntlich drei Monate nach der Landtagswahl stattgefunden hat, erhielten die Kommunisten, Nationalsozialisten und deutschnationale zusammen 1143000 Stimmen. Inzwischen hat ihre Zahl zweifellos noch zugenommen, so daß man wohl mit rund 1,3 Millionen Wählern

beim Volksentscheid rechnen können. Dazu kommen nun noch zweifelhafte Teile des Landvolks und der Konservativen, die bei der Reichstagswahl zusammen rund 150000 Stimmen erhalten haben. Angesichts der bekannten vorjährigen Weltergebnisse des früheren wirtschaftsparteilichen Finanzministers Weber, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, wird Weber zweifellos sich alle Mühe geben, die Wirtschaftspartei zur Unterstützung des Volksbegehrens und des Volksentscheids zu veranlassen. Diese Partei hat bei der Reichstagswahl rund 280000 Stimmen erhalten, wird aber natürlich inzwischen eine erhebliche Einbuße infolge der bekannten Werten erlitten haben. Immerhin können auch aus der Wirtschaftspartei noch etwa 150000 Wähler hinzukommen. Das wären insgesamt rund 1,8 Millionen, während 1,8 bis 1,9 Millionen erforderlich sind. Es wird also sehr viel von der Deutschen Volkspartei, die bei der Reichstagswahl noch rund 195000 Stimmen erhalten hat, abhängen, ob der Volksentscheid glückt. Natürlich kann heute die Volkspartei nicht entfernt mehr auf so viel Stimmen wie am 14. September 1930 rechnen, aber so viel ist sicher, daß die Entscheidung auf dem Messer der Schwärze stehen wird. Wegen des Volksentscheids werden zweifellos SPD., Staatspartei, Aufwärtler und Volksnationale sein. Angesichts der vorangegangenen Festein wird eine Entscheidung erst gegen Ende des Winters fallen, also etwa um dieselbe Zeit, wo im Reichstag die Entscheidungsschlacht um Weining geschlagen werden wird.

Die Kommunisten wissen genau, daß eine Landtagswahl in dieser Zeit nur der faschistischen Reaktion nützt, und sie müssen bei diesem Volksentscheid von vornherein auf die Stimmen der Reaktion spekulieren. Was sagen die kommunistischen Arbeiter zu diesem neuesten verräterischen Spiel ihrer Partei?!

Eine Entschlieung der Konservativen Volkspartei

Der Vorstand der Konservativen Volkspartei in Sachsen hat in einer am Dienstagabend abgehaltenen Vertreterversammlung einstimmig eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt, die Konservativen Volkspartei müsse es entschieden ablehnen, wenn sich bürgerliche Kreise für das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages einsetzten, das in erster Linie den Sturz der Regierung bezweckt. Die Regierung schied habe die Erwartungen weiter der verantwortungsbereiter bürgerlicher Kreise durch ihre schändliche Arbeit in hohem Maße erfüllt. Es sei ansehnlich das bevorstehenden Rotwunders unverantwortlich, die Reichstagswahl durch von vornherein aussichtslose politische Aktionen noch mehr aufzuschieben und das Wirtschaftsleben neuen Gefahren auszuweichen.

Das gutgebogene Hakenkreuz.



Hitler: „Ja — und was noch?“